

Positionspapiers zum europäischen Jahr der Jugend

„Jugendarbeit auch in Zukunft ermöglichen“

Kinder- und Jugendarbeit fördert die Entwicklung junger Menschen. Sie regt zu sozialem Engagement und gesellschaftlicher Verantwortung an. Als Ort der non-formalen und informellen Bildung leistet Jugendarbeit einen Beitrag zur Erziehung zu Demokratie und Toleranz sowie zur Aneignung von sozialen, personalen und kulturellen Kompetenzen. Die Freiwilligkeit der Nutzung, die Mitbestimmung und Mitgestaltung durch die Teilnehmer:innen sowie der freie Zugang für alle jungen Menschen sind charakteristisch für die Strukturen und Angebote. Dabei ist Jugendarbeit kein starres System, sondern zeichnet sich durch eine hohe Anschluss- und Entwicklungsfähigkeit aus.

Mit dem vorliegenden Papier wollen wir einen Beitrag dazu leisten, Jugendarbeit wieder als Teil der sozialen Infrastruktur, gleichberechtigt neben dem Ausbau von Betreuungs- und Ganztagsangeboten in der Jugendhilfe, zu sehen, zu sichern und weiterzuentwickeln. Denn Kindern und Jugendlichen sind die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Strukturen und Angebote der Jugendarbeit auch nach dem neuen Kinder- und Jugendstärkengesetz (KJSG) zur Verfügung zu stellen.

Wir beobachten, dass ...

- in den Kommunen die Haushaltssituation durch höhere Kostenbelastungen, Aufwendungen für Klimaschutz und Corona-Folgen immer prekärer wird.
- das Vertrauen in die Demokratie bei immer mehr Menschen abnimmt und die Spaltung der Gesellschaft zunimmt. In einer lebendigen Demokratie notwendige offene Meinungsäußerungen und offene Dialoge bergen für Menschen, insbesondere für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene die Gefahr, Opfer von Anfeindungen, Diffamierung und Diskriminierung zu werden.
- Kinder und Jugendliche vielfach auf die Rolle als Schüler:innen reduziert werden. Kindheit und Jugend sollen Zeiten der Selbstentfaltung sein und dürfen nicht der späteren Produktivität untergeordnet werden.
- Jugendarbeit in den vergangenen Jahren einen immer geringeren Stellenwert in der Jugendpolitik und -hilfe von Kommunen und Verbänden einnimmt. Dies manifestiert sich sowohl in der personellen und finanziellen Ausstattung als auch im fachlichen und inhaltlichen Diskurs. Rechtsansprüche auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule sowie die Umsetzung des Kita-Zukunftsgesetzes verschieben dieses Verhältnis weiter zu Ungunsten der Jugendarbeit.
- Jugendarbeiter:innen zunehmend auf die Akquise von Projektmitteln angewiesen sind, um die eigene Stelle sowie die Infrastruktur der Jugendarbeit des jeweiligen Trägers zu refinanzieren und aufrechtzuerhalten. Kleinere Träger können dies vielfach nicht leisten, sodass Stellen in der Jugendarbeit immer häufiger wegfallen.

- die Gewinnung von Nachwuchskräften in der Jugendarbeit zur Herausforderung wird. In den kommenden Jahren werden vermehrt erfahrene Fachkräfte der Jugendarbeit aus dem Berufsleben ausscheiden und die jugendarbeitsspezifischen Qualifizierungen für Neueinsteiger:innen sowie ein nachhaltiger Wissenstransfer fehlen.
- sowohl eine qualifizierte ganzheitliche Jugendhilfeplanung als auch qualifizierte Konzepte für die Jugendarbeit in den Kommunen und Verbänden weder selbstverständlich noch flächendeckend vorhanden sind.

Vor diesem Hintergrund sind die Schaffung, Konsolidierung und der Ausbau von nachhaltigen Strukturen und Ressourcen in der Jugendarbeit – außerhalb von Projektförderungen – dringend notwendig, um ihre vielfältigen positiven Auswirkungen für die Gesellschaft auch in Zukunft zu sichern.

Von großem gesellschaftlichen Nutzen ist aus unserer Sicht:

- Eine Basisförderung zur Absicherung der personellen Strukturen der Jugendarbeit und der Jugendpolitik in der Landesverwaltung, in den Kommunalverwaltungen und in den Verbänden. Eine entsprechende Absicherung der Strukturen wird aus unserer Sicht verschiedene positive Effekte entfalten. So können Jugendarbeiter:innen die Jugendarbeit konzeptionell qualifiziert weiterentwickeln, ohne unter dem Zwang der Projektakquise und dem damit verbundenen Zwang zur Mittelakquise zu stehen. Es stehen ausreichend Ressourcen für die Umsetzung von Angeboten und Projekten zur Verfügung und Jugendarbeit wird durch verlässliche Arbeitsverhältnisse für Mitarbeiter:innen attraktiver. Als personellen Standard sehen wir auf der Landesebene mindestens zwei Vollzeitstellen in der Fachberatung der Jugendarbeit, auf der kommunalen Ebene mindestens eine Vollzeitstelle der Sozialen Arbeit in der Jugendarbeit pro Kreisverwaltung, kreisfreie Stadtverwaltung, kreisangehörige Verbandsgemeindeverwaltung sowie eine bzw. einen Bildungsreferent:in pro Landes- und Kreisverband an. Eine darüber hinaus gehende lokal notwendige Personalressource ist in Abhängigkeit der qualitativen Bedarfe und der Größe der Zielgruppe der 6- bis 27-jährigen im Rahmen der Jugendhilfeplanung zu ermitteln und festzulegen.
- Die Förderung und Initiierung einer kontinuierlichen wissenschaftlichen Forschung zu Jugendarbeit und Jugendpolitik in Rheinland-Pfalz im tertiären Bildungsbereich der Hochschulen. Nur auf der Basis von gesicherten Erkenntnissen können passgenaue Konzepte für die Praxis entwickelt und Ressourcen effektiv und effizient eingesetzt werden.
- Eine Aufwertung des Themenfeldes „Jugendarbeit“ in den Curricula der Hochschulen durch die Einrichtung einer Professur der Sozialen Arbeit mit einem klaren Schwerpunkt in dem Arbeitsfeld der „Jugendarbeit“. Durch die gesicherte Präsenz des Arbeitsfeldes in den Curricula der Hochschulen wird das Arbeitsfeld Jugendarbeit für Studierende greifbar und eine bisher in Rheinland-Pfalz fehlende Expertise für das Feld der Jugendarbeit kann sich entwickeln. Weiterhin kann eine Professur den Forschungs-Praxis-Transfer insgesamt bereichern und der Transfer muss nicht ausschließlich aus anderen Bundesländern importiert werden.

- Die berufsbegleitende jugendarbeitsspezifische Qualifizierung von Fachkräften in Rheinland-Pfalz ist von großer Bedeutung. Ein berufsbegleitendes Lernen für Mitarbeiter:innen in der Jugendarbeit ist eine Grundvoraussetzung für qualifizierte Arbeit in sich wandelnden sozialen Gesellschaften. Gerade in den ersten Berufsjahren ist es wichtig, dass Arbeitgeber:innen ausreichend Freiräume für eine Einarbeitung sowie Fort- und Weiterbildung in Jugendarbeit und Jugendpolitik einräumen. Hierfür braucht es jedoch auch entsprechende qualifizierte Strukturen und Veranstaltungen. Vorstellbar wäre beispielsweise eine rheinland-pfälzische Berufsakademie der Sozialen Arbeit mit dem Schwerpunkt der Jugendarbeit und Jugendpolitik, die sowohl vom Land als auch allen kommunalen und freien Trägern der Jugendarbeit und Jugendpolitik mitgetragen und -gestaltet wird.
- Es findet Interessenvertretung der Jugendarbeit in der Politik statt. Nur die Fachkräfte der Sozialen Arbeit, die eine eigene fachpolitische Haltung innerhalb und außerhalb ihrer eigenen Strukturen entwickeln, vertreten das Arbeitsfeld der Jugendarbeit effektiv und effizient. Nur so kann das Arbeitsfeld der Jugendarbeit insgesamt in Rheinland-Pfalz nachhaltig weiterentwickelt werden.
- Ein regelmäßiger Fachaustausch und die Vernetzung aller Fachkräfte der Sozialen Arbeit in der Jugendarbeit auf kommunaler Ebene und Landesebene fördert die „Schwarmintelligenz“ und trägt maßgeblich strukturübergreifend zur Qualifizierung nicht nur des Arbeitsfeldes Jugendarbeit bei. Kommunale Vertreter:innen und verbandliche Vertreter:innen können so gemeinsam Konzepte und nachhaltige Strukturen entwickeln und daraus resultierende Angebote und Projekte umsetzen.
- Im nächsten Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz wird der Themenschwerpunkt Jugendarbeit aufgenommen. Hierbei sollen vor allem die Strukturen sowie die Bedeutung der Jugendarbeit für das Aufwachsen beleuchtet werden. Die Corona-Pandemie hat in den vergangenen Monaten aufgezeigt, dass der Wegfall von Strukturen und Angeboten der Jugendarbeit negative Auswirkungen auf das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen hat. Mit der Berichterstattung kann die Bedeutung von Jugendarbeit für Kinder und Jugendliche erfasst und deren Strukturen und Angebote landesweit analysiert werden.

Wir begrüßen im Kontext dieser Beobachtungen und Sichtweisen

- die Durchführung des Praxisentwicklungsprojekts zur Repolitisierung der Jugendarbeit durch das Land,
- die Vernetzung von hauptamtlichen Fachkräften der Sozialen Arbeit in der Jugendarbeit in regionalen Zusammenschlüssen, wie es sie in den Landkreisen Mainz-Bingen oder im Landkreis Trier-Saarburg gibt. Diese können als Best-Practice-Beispiele für kommunale Netzwerke dienen,
- die Vernetzungstreffen von Fachkräften der Sozialen Arbeit in der Jugendarbeit, die durch das Land initiiert werden,
- die Durchführung von Jugend- und Fachkräftebefragungen anlässlich der Corona-Pandemie durch das Institut für sozialpädagogische Forschung Mainz, beauftragt durch das Ministerium für Frauen, Familien, Integration und Kultur,

- die Erstellung der Jugendberichte Rheinland-Pfalz sowohl als wichtige Datenquelle für die Jugendarbeit im Land als auch als wichtige Grundlage für die Entwicklung struktureller und inhaltlicher Perspektiven der Jugendarbeit und Jugendpolitik in Rheinland-Pfalz.